

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 45 Pf., vierteljährlich 1,35 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 40 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mk. einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Bezugspreis:

Die Gespaltene Beitzelle 30 Pf., für auswärts 35 Pf., die 2 gespaltene Kellernzelle 1 Mk. Anzeigensatz und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Anzeigen mit Tagesbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

## Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

### Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3290

Nr. 35

Danzig, Sonnabend den 31. August 1918

9. Jahrgang

# Rückkehr zur Vernunft?

Lord Robert Cecil, Unterstaatssekretär im englischen Amt des Auswärtigen, hat einem Vertreter von Reuters gesagt, die Rede des deutschen Staatssekretärs Solf sei auf einen Ton gestimmt, wie man ihn bisher noch niemals aus dem Munde eines deutschen Staatsmannes gehört habe.

Man ist versucht, an die Worte in Beethovens neunter Sinfonie zu denken: „Ihr Freunde, nicht diese Töne, sondern laßt uns angenehmere anstimmen und freudvollerere“. Sie leiten über zu dem Massenchor der Freude: „Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt!“ — Auch dieser große Deutsche war, wie Schiller, der ihm den Text gab, ein frühgeborener Verherrlicher dessen, was man heute den Völkerbundgedanken nennt. Aber noch sind wir nicht so weit, ist der fürchterliche Anprall feindlicher Heere und Völkergesinnungen nicht zu Ende und das beglückende Motiv, kaum leise angeschlagen, wird vom Schlachtgetöse wieder überdröhnt.

Lord Cecil zeigt Zweifel in die Aufrichtigkeit der Beteuerungen Solds. Sollen wir uns darüber wundern, da doch auch hier zu Lande wenig Neigung besteht, in die Ehrlichkeit der friedlichen Weltziele eines Grey oder eines Wilson volles Vertrauen zu setzen? Soll man nicht lieber zugeben, daß auf beiden Seiten noch erheblicher Anlaß zu Mißtrauen besteht? In beiden Lagern stehen seit Anbeginn zwei Richtungen einander gegenüber: Die eine, die erst auf Erhaltung des Friedens bedacht war, jetzt für seine Wiederherstellung offen oder insgeheim arbeitet, und jene andere, die sich von Anfang an mit der Laffache des Weltkrieges leichtes Herzens abgefunden hat und die jetzt nur noch an Sieg und imperialistische Machterweiterung denkt.

Das gibt uns den Schlüssel zum Verständnis der folgenden Äußerungen Robert Cecils:

„Falls dieser Ton echt wäre, könnte man von einer Rückkehr zur vernünftigen Vernunft sprechen. Aber bei näherem Zusehen müßte man auf Unwahrscheinlichkeiten stoßen. Solf habe behauptet, daß die Pangermanisten in Deutschland keinerlei Einfluß hätten. Das sei eine erstaunliche Behauptung in einem Augenblick, wo Kühnmann gehen mußte, weil er es mit den Pangermanisten verstanden hatte. Was Solf über Belgien sagte, geht ebenfalls viel weiter als alles, was darüber von maßgebender deutscher Seite in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Wieder aber muß man hier einen Vorbehalt machen. Er beruft sich bei seinen Äußerungen auf die Erklärung des Kanzlers über Belgien. Diese war aber ganz allgemeiner Natur und wurde später noch wieder korrigiert. Wenn Solds Äußerungen allerdings seine eigene Überzeugung widerspiegeln, unabhängig von der Erklärung des Kanzlers, so kann man darüber befriedigt sein. Dann bedeuten sie tatsächlich einen Fortschritt.“

Der englische Unterstaatssekretär ging weiter auf die Frage des Friedens von Brest-Litowsk ein und meinte, Solf habe diesen als eine „vorübergehende Maßnahme“ bezeichnet. In Wirklichkeit hat Solf mit größerer diplomatischer Vorsicht von einem „Rahmen“ gesprochen und gesagt, das Bild, das darin entstehen werde, sei erst in seinen Anfängen entworfen. Cecil zweifelt daran, daß die Herleitung des Selbstbestimmungsrechts im Osten wirklich ein Hauptziel der deutschen Politik sei, und stellt dieser Behauptung wirksam den Empfang der häßlichen Barone im Hauptquartier gegenüber. Cecil gibt zu, daß von deutscher Seite nicht gerade eine formelle Annexion beabsichtigt sei, man wolle aber die Randstaaten „sollig in die Hand bekommen“. Kann man bestritten, daß ein Staatsmann aus gegnerischem Lager mit voller subjektiver Überzeugung zu dieser Auffassung kommen kann?

Lord Robert Cecil hat dann angekündigt, daß demnächst ein englisches Blaubuch über die deutsche Kolonialverwaltung erscheinen werde. Wir sind auf dieses Buch gespannt. Besonders darauf, ob darin zu lesen sein wird, daß gewisse Unmenschlichkeiten im Reichstag, besonders von der Sozialdemokratie, aber nicht nur von ihr, sondern auch vom Zentrum und der Volkspartei, also von der Mehrheit der deutschen Volkspartei, aufs rücksichtsloseste kritisiert worden sind. Wir fürchten, daß dies darin nicht zu lesen sein wird, daß aber dann die deutsche Regierung ein Weißbuch über englische Kolonialverhältnisse herausgeben wird, wozu man das von den englischen Sozialisten und Liberalen gelieferte Material nur zusammenzufügen braucht. Mit solcher Liebhaberei hüben und drüben kommt man aber keinen Schritt vorwärts.

Wichtiger dünnt uns die Bemerkung des englischen Staatsmannes, Solf sei falsch unterrichtet, wenn er glaube, daß England die deutschen Kolonien behalten wolle. Weder Balfour noch Lloyd George hätten dies gesagt, sondern vielmehr erklärt, es sei unmöglich, dem heutigen Deutschland wieder die Verwaltung seiner Kolonien zu übertragen. Ueber sie werde auf der kommenden Friedenskonferenz entschieden werden. Ein so gewaltiges Problem, fügte Cecil aus eigenem hinzu, könne nicht von England allein, sondern nur im Verein mit seinen Verbündeten gelöst werden. Für Deutschland kann es

allein verschluckt, sondern zwischen England, und seinen Verbündeten aufgeteilt werden sollen. Aber vielleicht verstehen wir hier den englischen Redner falsch. Vielleicht erhalten wir über diesen Punkt noch weitere Aufklärung. Es ist natürlich nur eine bloße Redensart, daß das heutige Deutschland keine Kolonien haben dürfe, genau dasselbe kann man mit genau demselben Recht auch vom „heutigen“ England, Frankreich, Belgien, Portugal usw. sagen. Man sollte auf beiden Seiten darauf verzichten, egoistische Machtziele hinter den Geboten der Menschlichkeit zu verstecken.

Schließlich sagte Cecil:

„Das sind alles Redewendungen, denen man in England vorbehaltlos zustimmen wird und von jeder zugestimmt hat. Ihr Wert wird nur sehr erheblich vermindert durch den Umstand, daß man bisher von deutscher Seite nie so etwas gehört hat. Bisher vernahm man ganz andere Redensarten über die Herrlichkeit des Sieges, über seiner erzieherische Wirkung und ähnlichen Unsinn. Wer die deutschen Zeitungen gelesen hat, könnte hierfür zahlreiche Beispiele anführen. Bemerkenswert ist auch, daß diese friedliche Melodie angenommen wird in einem Augenblick, wo die Lage an der Westfront sich geändert hat. Vor Tische las man anders. Als die deutsche Frühjahrsoffensive im März begann, erhob sich wieder das Geschrei nach der Ausdehnung der deutschen Welt Herrschaft. Ich bin selbst ein überzeugter Anhänger des Friedens, aber ich glaube bestimmt, daß ein Frieden nur erreicht werden kann, wenn die Deutschen anerkennen, daß sie besiegt worden sind.“

Kein vernünftiger Engländer wird von Deutschland die Anerkennung erwarten, daß es besiegt sei, solange es nicht besiegt ist. Eine Macht, die im Osten mit ihrem Gegner fertig geworden ist, im Westen noch mit ungebrochener Kampfkraft weit auf feindlichem Boden steht, ist nicht besiegt. Das deutsche Volk, das zur Erhaltung seines Daseins in vier Kriegsjahren Uebermenschliches geleistet hat, ist nicht besiegt. Was aber besiegt ist — wir wollen ganz offen darüber reden — das ist der verderbliche Glaube an die Allmacht der Gewalt. Was besiegt ist, daß ist die Hoffnung der deutschen Vingos auf die deutsche Welt Herrschaft. Diesem Besiegten weinen wir keine Träne nach, aber ein Ende des Krieges können wir nicht erwarten, solange nicht derselbe Glaube und dieselbe Hoffnung auch auf der anderen Seite zerstört sind.

Lord Robert Cecil nennt aber nun selbst die Lehre von der Herrlichkeit des Sieges und von seiner erzieherischen

Wirkung einen Unsinn. Darf man daraus schließen, daß auch England bereit sei, diesem Unsinn nicht länger nachzugehen? Die Lehre, die jeder mit gesunden Sinnen begabte Beobachter des Krieges, gleichviel in welchem Lager er stehen mag, aus den bisherigen Erfahrungen ziehen muß, ist doch die, daß es Unsinn ist, die Entscheidung über das Schicksal der Welt einem Weltkampf der technischen Menschenvernichtungsmittel anheimzugeben, und daß die Lösung dieser Weltwirren nicht von der Gewalt zu erwarten ist, sondern nur von der Vernunft.

Wenn Cecil sagt, Solf habe anders gesprochen, als man es zuvor aus Deutschland vernommen habe, so hat auch er andere Töne angeschlagen, als wir sie sonst aus England zu hören gewohnt sind. Auch er hat anders gesprochen, als Balfour oder Lloyd George oder Bonar Law. Andere Töne sind hüben und drüben, erste Schwalben, die noch nicht den Sommer machen, aber doch denen, die der Rückkehr zur gesunden Vernunft harren, willkommenen Boten.

Vorläufig ist sie drüben noch wenig vertreten, das zeigt folgende Auslassung der „Times“ zur spanischen Note:

„Die Entente hat stets große Rücksicht gezeigt, wenn die strikte Neutralität, namentlich der kleinen Nationen, durch das deutsche Schwert bedroht wurde. Diese Rücksicht gilt jedoch nicht für solche Neutrale, die ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen oder sie aus Sympathie mit dem Feinde verletzen. Aber auch die Neutrale, deren Herrscher von dem verderblichen Ehrgeiz befeuert sind, den Frieden zu fördern, verdienen keinerlei Rücksicht. Nichts sei so dünn, als der Wunsch mancher Neutralen, bei dem Zustandekommen des Friedens eine Rolle zu spielen. Die demokratische Entente werde ihren eigenen Frieden schließen zu einer Zeit und zu Bedingungen, die ihr genehm sind. Sie werden keine Vermittlung weder direkt noch indirekt von irgend einem neutralen Staate oder einer neutralen Regierung dulden. Die Meinung, daß die Alliierten von diesem festen Willen abweichen würden, wäre ein dummer und gefährlicher Irrtum. Die Entente, so resumieren die „Times“, könne viel von den Neutralen verlangen, nur nicht die törichte Sucht, sich um einen Frieden zu bemühen.“

Diese frechen Redensarten allenglischer Vingos zeigen, daß Lord Cecil gegen den Unsinn im eigenen Lande noch genug zu tun hat. Wer dem Ziel nachjagt, einem besiegten Deutschland den Frieden aufzuzwingen zu können, der soll sich sagen, daß der Weg dahin blutig und auch für den Stärksten gefährlich ist.

# Hilfstruppen der Reaktion

Die von gewissen „Unabhängigen“ in den letzten Wahlrechtsversammlungen in Elbing und Danzig-Ohra verübten skandalösen Redaussetzungen veranlaßten den Referenten, Genossen Hirsch, einen sehr bemerkenswerten Artikel unter obiger Ueberschrift in der Parteipresse zu veröffentlichen, dem wir folgendes entnehmen:

Das neue Mandat der Unabhängigen reißt sich würdig der Taktik an, die sie in allen Stadien der parlamentarischen Behandlung der preußischen Verfassungsvorlage eingeschlagen haben. Anstatt den Kampf gegen rechts zu führen und nach Lustwille Rezept die ganze Kraft auf den einen Punkt, die Erringung des gleichen Wahlrechts zu konzentrieren, haben sie von Anfang an zur Freude der Reaktionäre heftig gegen die Sozialdemokratie gewütet und selbst diese Gelegenheit, bei der doch alle Anhänger des gleichen Wahlrechts zusammengehen müßten, in der Hauptsache dazu benützt, ihr Mütchen an denen zu kühlen, mit denen sie bis vor kurzem noch gemeinsam in Reich und Glied marschierten. Nach jedesmaligem Auftreten der Strödel und Adolf Hoffmann

lachten sich Hendebbrand und Lohmann

ins Fäustchen ob der Hilfstruppen, die ihnen ungerufen zu Hilfe eilten. So heftiger jene eigenartigen Wahlrechtskämpfe tobten, desto besser blüht der Weizen der Reaktion

Es liegt uns selbstverständlich fern, auch nur eine Blütenteile derjenigen Liebeswürdigkeiten zu geben, mit denen die Wohlführer der Unabhängigen die Freunde des gleichen Wahlrechts bedachten. Man kennt die Reden, die einander gleichen wie ein Ei dem anderen, zur Genüge, man weiß, wie diese Heiden sich selbst an ihren Redensarten, hinter denen doch so gar nichts steckt, berauschen. Vieße sich das gleiche Wahlrecht durch tönende Phrasen erringen, wir hätten es längst, genau so wie längst der Welt der Friede wiedergegeben wäre, wenn es nur auf schöne Worte anläme. Aber genau so wie der Friedenswille der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Regierung bisher an dem Widerstand der Regierungen der feindlichen Länder gescheitert ist, so ist auch der Wille

und die Bestrebungen der Arbeiterklasse zur Erringung des gleichen Wahlrechts in Preußen bisher gescheitert an dem Widerstand der Wahlrechtsfeinde.

Haben denn die Unabhängigen, die doch im Abgeordnetenhaus genau so stark oder vielmehr so schwach sind wie die „Regierungssozialisten“, um uns einmal dieses Ausdrucks zu bedienen, mehr zur Erringung des gleichen Wahlrechts ausüben können als diese? In allen Punkten bis auf zwei haben sie mit ihnen zusammen gestimmt, und trotz dieser Unterstützung ist das gleiche Wahlrecht gescheitert. Im Gegensatz zu den Mehrheitssozialisten haben

die Unabhängigen in holler Eintracht

mit dem Bloke der Wahlrechtsfeinde die Zusatzstimme für die Kriegsteilnehmer abgelehnt, obwohl es sich dabei nur um einen Eventualantrag für den Fall der Annahme des Antrags auf Gewährung von Zusatzstimmen an andere Wahlberechtigte handelte, und zweitens haben sie — wieder zusammen mit dem Bloke der Wahlrechtsfeinde — sich der Einführung eines teilweisen Proporztes widersetzt. Im übrigen haben sie sich von den Anhängern des gleichen Wahlrechts nur durch ihre Worte, nicht aber durch ihre Taten unterschieden.

Die Reden der Unabhängigen aber haben der Wahlrechtsbewegung eher geschadet als genutzt. Ernst genommen hat kein Mensch die blutigen Resolutionsphrasen, die Sprecher vielleicht am allerwenigsten, aber als Waffen werden sich ihrer alle Gegner eines freien Wahlrechts bedienen.

Kann man die fortgesetzten Angriffe gegen die Mehrheitssozialisten von der Tribüne des Abgeordnetenhauses her ab allenfalls noch mit

Mangel an Intelligenz

und Vertennung der politischen Situation entschuldigen, so gibt es für die Veruche, den Streit zwischen den Sozialdemokraten auch in die Wahlrechtsversammlungen hineinzutragen, und falls die sozialdemokratischen Vertrauensleute das verhindern, die Versammlungen zu sprengen, schlechterdings keine Entschuldigung. Wer, wie es der Abgeordnete Adolf Hoff-

... in Danzig gelang hat, die ...

... in einer Rede ...

... an ...

# Politische Wochenschau

## Friedensarbeit

### Die deutsch-russischen Ergänzungsverträge abgeschlossen

Berlin, 28. August. Amlich. Heute nachmittag sind im Auswärtigen Amt von den deutschen und russischen Bevollmächtigten die Ergänzungsverträge zu den Brest-Litovsk-Verträgen unterzeichnet, nämlich ein Ergänzungsvertrag zum Friedensvertrag, sowie ein Finanzabkommen und ein Privatrechtsabkommen zur Ergänzung des deutsch-russischen Zusatzvertrages zum Friedensvertrage. Die Verträge bilden das Ergebnis der seit mehreren Wochen zwischen deutschen und russischen Delegierten in Berlin geführten Verhandlungen.

### Die Entente gegen den Papst

Die „Germania“ weist darauf hin, wie ein Teil des systematischen Nierenlampes der Entente in der Absperrung des Balkans von den Mittelmächten besteht, von der die Ententesstaaten eine Ausschaltung des Papstes als Friedensstifter und Vermittler eine Ausbeinigung zahlreicher Prälaten der Kurie in ihrem Sinne erhoffen. Mit allem Nachdruck sagt das Blatt, muß dahin gearbeitet werden, daß der nächste Friedenskongreß die römische Frage in einem der päpstlichen Freiheit und Unabhängigkeit vollkommen Rechnung tragenden Sinne löst.

## Deutschland

### Was ist's mit dem Reichstag?

Am Sonntagmorgen meldete die „Germania“, sie habe von durchaus zuverlässiger Seite erfahren, daß die Einberufung des Reichstags unmittelbar bevorstehe. Die „Germania“ ist das Organ des Zentrums, dessen Mitglied, Herr Fehrenbach, Präsident des Reichstages ist und sie steht zum Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Herrn Gröber, in engsten Beziehungen. Dieser wiederum dürfte in der Lage sein, sich über die Absichten des Reichstanzlers, seines ehemaligen Fraktionskollegen, hinsichtlich der Einberufung des Reichstags richtig informieren zu können.

Man kann also, wenn man nicht etwa in der Meldung der „Germania“ eine gewissenlose journalistische Sensationsmacherei erblicken will, nicht daran zweifeln, daß sich diese Meldung wirklich auf Informationen von „durchaus zuverlässiger Seite“ stütze. Und diese „durchaus zuverlässige Seite“ hatte gesagt, der Reichstag werde einberufen werden, um die auswärtige Politik zu besprechen, und der Reichstanzler werde über diesen Gegenstand eine Rede halten.

Am Abend desselben Tages aber wurde die Nachricht so offiziös und offiziell wie nur möglich als unrichtig bezeichnet. Die „Germania“ bringt diese offiziöse Bestreitung zur Kenntnis ihrer Leser, bemerkt aber dazu: „Richtig bleibt jedenfalls, daß nach wie vor eine frühere Berufung des Parlaments als zu dem ursprünglich in Aussicht genommenen November-Termin durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt.“

Jedenfalls ist der ganze Vorgang recht seltsam und kein Zeichen von guter Regie. Wird morgen von durchaus zuverlässiger Seite versichert: „Der Reichstag kommt!“ und abends von noch zuverlässigerer: „Er kommt nicht!“, so entsteht dadurch da: Bild einer gewissen Unsicherheit in den oberen Regionen, und die Unruhe teilt sich nach unten hin weiter mit. Auch wir glauben, daß die Einberufung des Reichstages noch vor dem Novembertermin nicht nur in der Bereich des Möglichen, sondern auch in der der Notwendigen rücken kann und daß diese Notwendigkeit durch Meldungen wie die der „Germania“ nur noch vermehrt wird. Man soll das Volk nicht allzulange an der Drakel sume zupfen lassen, ob „er“ kommt oder nicht kommt.

### Was wird das Herrenhaus tun?

Die durch einen Teil der Presse gegangene Mitteilung, daß die Verfassungskommission des Herrenhauses auf die Beratung der Reform nur wenige Tage verwenden zu müssen glaubt, wird in parlamentarischen Kreisen sehr verschieden beurteilt. Im Gegensatz zu dem Abgeordneten Freiherr v. Zedlitz, der in der „Post“ der Beschränkung Ausdruck gibt, daß die Entscheidungen bereits getroffen sind und daß die Hoffnung der Regierung, das Herrenhaus werde einen Weg zur Befriedigung weisen, sich nicht erfüllen, sondern mit einer Entzündung der Streitfragen durch Auflösung des Abgeordnetenhauses zu rechnen sein wird, wollen andere eingeweihte Kreise wissen, daß die Kommission des Herrenhauses in ihrer Mehrheit den Boden des gleichen Wohlwollens betreten werde unter der Voraussetzung, daß Hand in Hand damit eine völlige Umgestaltung der Verträge über die Zusammenfassung des Herrenhauses eintreffe.

Tatsächlich diese Nachricht zutrifft, würde es sich also darum handeln, daß ein gleiches Wahlrecht, vielleicht mit einer Alterszuschläge, mit der sich die Regierung bereits einverstanden erklärt hat, geschaffen wird, daß aber gleichzeitig die Macht der Herren-Kammer so gestiftet wird, daß das auf Grund der Wahlrechts gewählte Abgeordnetenhaus völlig bedeutungslos wäre, zumal wenn die vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Sicherungen Gesetz werden.

Was wahr ist, wissen wir nicht, glauben aber, daß es verfehlt ist, sich in Betrachtungen, die auf so schwacher Grundlage beruhen, einzulassen. Noch ist die Kommission nicht einmal eingetreten, und selbst wenn hinter den Kulissen bereits ein Übereinkommen getroffen ist, woran wir einstweilen nicht glauben, wird die Kommission zum mindesten wohl so hinhin sein, daß die Vertreter der Regierung zu Wort kommen zu lassen. Daß sich die Regierung auf einen so schändlichen Handel einlassen würde, wollen wir zu ihrer Ehre nicht annehmen, wir wollen lieber annehmen, daß sie nicht nur der Form sondern auch dem Inhalte nach das gleiche Wahlrecht anstrebt.

Eine solche Form, wie sie hier angedeutet ist, würde weder mit der Osterhoffnung noch mit dem Juli-Erlaß in Einklang zu bringen sein. Der Regierung würde dann nichts weiter übrig bleiben, als die Konsequenzen zu ziehen und das Abgeordnetenhaus aufzulösen.

### Wieder ein albertischer Schwinbel

Der albedeutsche Schriftsteller Dr. Otto Hans Hopfen hatte in einer sächsischen Zeitschrift einen Artikel veröffentlicht, der den Anschein zu erwecken suchte, als werde der prozentuale Beitrag, den Reich und Staat der Presse zur Deckung der enorm gestiegenen Papierpreise gewähren, zur Begünstigung der sogenannten „Berichts-friedenspresse“ mißbraucht. Dagegen erklärt die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger:

„Die Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger weist die in dem Artikel des Herrn Dr. Hopfen enthaltene Unterstellung mit Entrüstung zurück und stellt im Interesse der Wahrheit fest, daß der vom Reich und den Bundesstaaten gewährte Zuschuß den Tageszeitungen ohne jeden Unterschied der politischen Richtung nach Maßgabe der ihnen gesetzlich zustehenden Papiermenge gewährt wird. Es erhält also jede Zeitung pro Kilo des ihr zustehenden Papiers genau die gleiche Summe, gleichviel ob es sich um ein Organ sozialdemokratischer, konservativer, fortschrittlicher oder albedeutscher Richtung handelt, oder ob das betreffende Organ keiner politischen Richtung angehört.“

Die Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger verurteilt es aufs Schärfste, daß Dr. Hopfen seinen geschäftigen Artikel, der den inneren Frieden aufs Schwerste durch seine falsche und irreführende Darstellung gefährden muß, ohne die geringste Prüfung der tatsächlichen Unterlagen veröffentlicht hat. Die Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger spricht ihr Bedauern aus, daß in so früher Zeit Veröffentlichungen gemacht werden, die niemandem nützen können, aber die vaterländischen Interessen, insbesondere den inneren Frieden durch Irreführung aufs Schwerste zu gefährden geeignet sind.“

Diese Erklärung erhält ihren besonderen pikanten Reiz dadurch, daß sie auch von den Verlagen albedeutscher und konservativer Blätter („Berl. Lokalanzeiger“, „Deutsche Tageszeitung“, „Kreuzzeitung“ usw.) mitunterzeichnet ist.

### Ein Sozialdemokrat an den Herzog von Sachsen-Weiningen

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete A. Hofmann-Saalfeld hat in Sachen des jüngst angenommenen Kirchengesetzes einen offenen Brief an den Herzog gerichtet. Die Regierung hat ihre Vorlage als Gesetz verhandelt, obwohl die sozialdemokratische Opposition verhindert hatte, daß sie in Anwesenheit von 16 zur Beschlußfassung nötigen Abgeordneten verhandelt wurde. Das Gesetz stellt die Staatszuschüsse an die Kirche für immer fest und entzieht dem Landtag das Besetzungsrecht darüber. Es handelt sich also um eine „Eiderung“, wie sie auch bei der preussischen Wahlreform angebracht wird. Dagegen protestiert Genosse Hofmann in seinem offenen Brief an den Herzog, er schreibt:

„Nach dem publizierten Gesetz haben nun die Steuerzahler die Pflicht, die Summe von 260 000 Mk. jährlich aufzubringen, während Sie, Herr Herzog, die ungezügeltere Hälfte der Domänenüberschüsse auch weiter erhalten, eine Hälfte, die früher jährlich hunderttausend, jetzt aber im Krieg zur Zeit allgemeiner Not und größten Glücks breiter Massen Millionen betragt. Das ist ein schweres Anrecht, das von Ihnen, nachdem es Ihnen mindestens heute durch diese Verabredungen bekannt geworden ist, nicht gebildet werden sollte. Sie sind, Herr Herzog, auch in diesem Punkte schlecht beraten. Denn die Vertrauensleute, die Sie sich als oberste Regierungsbeamte erkoren haben, scheinen nicht die Fähigkeit über den Willen zu besitzen, Sie über die Stimmung und die Bedürfnisse der breiteren Massen des Volkes zu unterrichten. Machen Sie sich frei von Ratgebern, die das Schicksal eine Weltrevolution erleben ließ, deren Auffassungen aber in einer Zeit wurzeln, in der es noch Fürsten von Gottes Gnaden und Untertanen gab. Beide Begriffe aber sind inzwischen untergegangen im Blutstrom des Weltkrieges.“

Dieser offene Brief wird zumindestens erneut die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die rechtswidrige Publikation des nicht ordnungsmäßig beschlossenen meiningischen Kirchengesetzes richten.

### Der Bischof gegen das Bürgerrecht

Unser Kölner Parteiblatt, die „Reinische Zeitung“, ist in der Lage, eine Eingabe zu veröffentlichen, die kirchentreuere Wähler des neuen Reichstagsabgeordneten von Koblenz, des Pfarrers Greber, am 9. Mai an das erzbischöfliche Generalsekretariat in Köln, und da sie von dort keine Antwort erhielten, am 20. Juni d. J. an den Reichstanzler gerichtet haben. Die Eingabe protestiert in scharfen Worten dagegen, daß der Bischof Herrn Greber die priesterliche Befähigung, Predigen, Bescheiden, Messenlesen untersagt habe. In hohen Worten wird die seelsorgerische Tätigkeit Grebers gepriesen. Tausend katholische Männer seien bereit, zum Schutze ihres Seelherren und Abgeordneten bis zum äußersten vorzugehen. Dann protestiert die Eingabe gegen die Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte durch den Bischof.

„Indem der Hochwürdigste Herr Bischof unserem früheren Pfarrern die Annahme des Mandats verbot, als dieser es trotzdem begehrt, ihn suspendierte, hat er seine kirchlichen Befugnisse überschritten. Wir hatten dem Wahlkomitee in Koblenz keinen Zweifel gelassen, daß wir den Generalsekretar von Steinäder, den Freund des Bischofs von Trier, nicht wählen würden trotz der kräftigen Fürsprache des Bischofs für ihn.“

Wir Wähler wollten einen Mann, der aus dem Volke war und mit dem Volke fühlte und dachte, keinen Militär, der nur kommandieren von oben herab gewohnt ist. Auch waren wir und sind wir der Ansicht, daß sich die Bischöfe um rein politische Sachen, die mit der Religion nichts zu schaffen haben, gar nicht kümmern dürfen. Daß aber Pfarrer Greber die katholischen Interessen weit besser und unabhängiger vertreten würde und vermöchte, als ein hoher Militär, wählten wir aus eigener Erfahrung.

Wenn nun der Hochwürdigste Herr Bischof anderer Ansicht ist, so können wir von ihm verlangen, daß er uns die Gründe mitteilt, was er weder uns noch dem Herrn Pfarrer Greber getan hat. Er ist einfach ohne Angabe von Gründen verurteilt worden.

Wir setzen darin mehr eine Bestrafung von uns, als eine von Herrn Pfarrer Greber, weil wir uns unsere politische Unabhängigkeit durch den Herrn Bischof nicht nehmen lassen wollten. Nicht minder setzen wir in seinem Vorgehen eine Beeinträchtigung unserer staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten, die wir nicht dulden können noch werden.“

Der Reichstanzler hat hierauf bekanntlich bis jetzt nicht geantwortet.

## Am letzten Tage vor Monatsende

Es ist Pflicht jedes Sozialdemokraten, für die Verbreitung seiner Presse tätig zu sein. Wer einen Freund oder Bekannten hat, der die „Vollmacht“ noch nicht besitzt, rate ihm, den folgenden Zettel ausgefüllt an die Expedition der „Vollmacht“, Danzig, Paradiesgasse 32, zu senden.

Abonnementspreis monatlich 45 Pfennig frei ins Haus.  
Name: \_\_\_\_\_  
Straß: \_\_\_\_\_  
Wohnort: \_\_\_\_\_  
Stadt: \_\_\_\_\_  
Bei wem: \_\_\_\_\_  
bestellt ab 1. September die „Vollmacht“ zum Preise von 45 Pfennig per Monat frei ins Haus



von den Reichsbund... Gewerkschaften... Die freien Gewerkschaften waren nicht eingeladen... Mit mehreren anderen Kriegsbeschädigten war auch der Vorkämpfer... Die freien Gewerkschaften waren nicht eingeladen... Mit mehreren anderen Kriegsbeschädigten war auch der Vorkämpfer...

**Widerwärtige Potenzen**

traßen die „Danziger Neuzeit Nachrichten“ fortgesetzt. Der Pole werde, das sei die Ansicht der Besten unseres Volkes, nie des Deutschen aufrichtiger Freund werden, nur der Respekt vor der Macht und dem festen Willen halte ihn, der einen ungemessenen Größenwahn habe, in Schranken.

Die Polen sind nicht anders von Charakter als die Deutschen und andere Völker. Bei uns fehlt es ganz und gar nicht an Leuten, deren Ueberhebung das deutsche Volk als „Größenwahnsinnig“ charakterisieren würde, wenn nicht glücklicherweise jene dunkelhaften Machtpolitiker bedauerliche Ausnahmefälle wären.

Wenn die Polen wirklich nicht aufrichtige Freunde des deutschen Volkes werden sollten, wäre dies die Folge einer verheerenden Politik. Der polnische Adel und die Bourgeoisie in Kongress-Polen werden allerdings stets nach Eroberung Polens und Westpreußens streben.

**Leuerung und Arbeiterlöhne.**

Dieses Thema dürfte sobald nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden. Während die einen immer noch, trotz mehrfacher Aufforderung, fälschlicherweise von Phantastelöhnen reden, um ihre unwürdigen Preisforderungen für Nahrungsmittel und Bedarfsartikel zu rechtfertigen, wehren sich die beschäftigten Arbeiter ganz entschieden gegen die ihnen angebotenen Wehreinahmen.

Man hört und liest zwischen die Zeilen, als sei die Leuerung durch Erhöhung der Arbeiterlöhne entstanden. Diese Anschauung ist aber unhaltbar und erregt gewisses Mißtrauen. Die Leuerung ist entstanden wegen des Preisanstiegs, der die hohen Preisforderungen bringt, für die aus der Vermehrung des Geldumlaufes durch reichliche Ausgabe von Zahlungsmitteln, dann auch durch Günstigerwerden in der Erzeugung, die der Krieg mit sich gebracht hat.

Man hört und liest zwischen die Zeilen, als sei die Leuerung durch Erhöhung der Arbeiterlöhne entstanden. Diese Anschauung ist aber unhaltbar und erregt gewisses Mißtrauen. Die Leuerung ist entstanden wegen des Preisanstiegs, der die hohen Preisforderungen bringt, für die aus der Vermehrung des Geldumlaufes durch reichliche Ausgabe von Zahlungsmitteln, dann auch durch Günstigerwerden in der Erzeugung, die der Krieg mit sich gebracht hat.

**Der amtliche Wohnungsnachweis.**

Der von der Kriegsamtsstelle in dem Hause Pfefferstraße 52 eingerichtet ist, hat eine aus 1200 Personen aufzuweisen. In der ersten Woche arbeiteten hier 121 Wohnungsführer, der nur 51 Wohnungen von Wohnungen und Schlafstellen gegenüber standen. Bemerkungen kamen bisher auf Grund dieser Umwälzung zustande. In der Hauptsache werden keine

Arbeiterwohnungen gehabt. Es sind viele leerstehende Wägen vorhanden, deren Umwandlung in Wohnungen sich empfiehlt würde. Bei der Meldung der Wohnungen sind anzugeben die Zahl der Zimmer mit Nebengelass, Boden, Keller, der Preis und der Zeitpunkt der Freigabe der Wohnung. Zur Anmeldung der leerstehenden Räume ist bekanntlich der Vermieter verpflichtet.

Unstimmigkeiten scheinen augenblicklich in der hiesigen Spar- und Konsumgenossenschaft vorhanden zu sein. Darüber wird uns späteres geschrieben.

Die Leitung des Danziger Konsumvereins hat den bisherigen Geschäftsführer, Genossen Wittliche gekündigt. Er wird am 1. September sein Amt verlassen. Genosse Grünhagen, der Gründer des hiesigen Konsumvereins, der vor Rittsche Geschäftsführer war, wird die Geschäfte übernehmen.

Dieser Wechsel der Geschäftsleitung gibt gewissen Leuten erwünschte Gelegenheit, allerhand unsinnige Gerüchte über angebliche Mißstände in den Konsumgeschäften in Danzig und Ganguhr zu verbreiten. Die Geschäftsleitung sollte gegen diese Verleumdungen, die absichtlich ausgestreut werden um das Geschäft zu schädigen, entschieden vorgehen, entweder durch Veröffentlichung der wahren Gründe der Entlassung des Geschäftsführers in der „Volkswacht“, oder durch Einberufung einer Generalversammlung den Mitgliedern Aufklärung geben. Geschicht keines von beiden, so können durch diese Unterlassung drohende Gefahren für die günstige Weiterentwicklung der Genossenschaft entstehen, denen durch eine Generalversammlung schnell und gründlich vorgebeugt werden könnte.

Die Preiskommission der Provinzialstelle für Gemüse und Obst hatte am Dienstag im Danziger Rathaus eine Sitzung, die der Vorsitzende, Landrat von Aumers mit einer kurzen Darstellung eröffnete. Danach sind die Aussichten der Gemüseernte ziemlich gut. Das gleiche kann gesagt werden von der Getreideernte. Die Sommerung kann noch werden. Schlecht ist nur die Raufutterernte. Die ausgesprochene Frühkartoffelvergabe, die mittelfrühe Kartoffel ist besser und die Herbstkartoffel wird voraussichtlich gut. Die Gemüseversorgung ist angemessen, in grünen Bohnen herrscht sogar ein gewisser Ueberfluß. Die Obsterte ist weniger günstig, die Birnenernte ist schlecht, auch in Pflaumen ist sie minderwertig, in Äpfeln ist sie verschieden. Die Provinzialstelle hat erst 800 Zentner Obst erfaßt. Vom Obst wird wenig in den Verkehr kommen, eigentlich nur das Edelobst, alles übrige Obst, auch das Tafelobst, wird den Marmeladenfabriken überwiesen, von denen in der Provinz drei sind, die Baltische Zuckerraffinerie in Neufahrwasser, die zweite in Marienwerder, die dritte bei Graudenz. In Bezug auf Preise und Behandlung gibt es seit dem 19. August kein Frühobst mehr, alles ist jetzt Herbstobst.

Es folgt dann eine 2 1/2 stündige Beratung über die Preise. Diese Verhandlungen nehmen stets einen interessanten Verlauf. Die Erzeuger können sich nicht beklagen, da sie auch unter den Verbraucher einige sehr entgegenkommende Vertreter oder Vertreterinnen haben. Vielfach stimmen die Frauen geschlossenen erzeugerisch. Von grundsätzlicher Bedeutung war die Aussprache über die Handelszuschläge, deren Höhe von Verbraucherseite entschieden bekämpft wurde und auch auf der Erzeugerseite konnte man sich dem nicht verschließen. Der Vorsitzende teilte mit, daß die östlichen Vertreter in Berlin den gleichen Standpunkt einnehmen, doch aus westlichen Großstädten wird auf heute Handelspreise hingedringt. Für die Rote Rübe erhält der Erzeuger 7 Mark den Zentner, der Handel aber 8 Mark Aufschlag. Der Geschäftsführer J. Kawalki stellte eine Rechnung auf, nach der der Großhandel im Durchschnitt einen Aufschlag von 4 Mark haben müsse. Diese Aufstellung fand starken Widerspruch und man ermäßigte den Aufschlag auf 3 und 2 Mark den Zentner für den Großhandel. Auch der Kleinhandelsaufschlag war sehr hoch. An kleinen Karotten z. B. sollte der Kleinhändler 4 Mark am Zentner verdienen. Hier wurde der Aufschlag auf etwa 2 Mark herabgesetzt. Die Preisspanne wurde so erheblich gemindert, so daß sich der Verbraucher einer fühlbaren Ermäßigung erfreuen wird. Der Zentner Weißbrot, den man in Danzig vor zwei Jahren für 5 Mark kaufte, der jetzt 16 Mark kostet, wird für 9 Mark zu haben sein. Mohrrüben für 9 und 12 Mark, Rote Rüben für 10 Mark. Die endgültige Festsetzung der Höchstpreise erfolgt in Berlin.

**Eine löbliche Einrichtung**

hat der Magistrat getroffen. Er wird künftig Schulkindern, die Lauben sammeln, für jeden Tag der Teilnahme eine Beihilfe von 125 Grammm gewähren.

**Abgabe von Lebensmitteln.** Der Magistrat macht in heutiger Nummer bekannt, was für Lebensmittel er in nächster Woche abgeben will. Besonders erwähnenswert ist, daß die erste Sondermarke der Speisefettkarte ausgeben wird, für die es Kaffe-Ertrag geben soll. Näheres siehe Inserat.

**Durchführung von Postsendungen.**

Das Reichspostamt hat gestattet, daß noch nicht eingelieferte Pakete im Schaltercorridor durch Gendarmen und Postbeamte durchsucht und beschlagnahmt werden, wenn das ohne Störung des Postbetriebes angängig ist. Eine Durchführung des Postgeheimnisses will die Postverwaltung darin nicht erblicken, weil es sich um Sendungen handelt, die überhaupt noch nicht in ihre Hände gelangt sind. Von dem Augenblick ab, wo das Publikum die Pakete den Postbeamten übergeben hat, wird den Postbeamten selbstverständlich kein Zutritt mehr gestattet. Die Postverwaltung kann, so macht sie wiederholt geltend, der Postzeit, wenn sie sich in Verfolgung gefahrgewähriger Leuten befindet, den Zutritt zu ihren Schaltercorridoren, die für jedermann geöffnet sind, ebensoviele verweigern, wie ein Privatmann es für seine Räume tun könnte. Auf dem gleichen Standpunkt steht auch die Eisenbahnverwaltung. Das kann ja nicht werden.

**Oftentliche Steuermaßnahme.**

Wie die hiesige Steuerkasse im Angeigentell der Danziger Volkszeitung bekannt macht, sind rückständige Steuern für das 2. Quartalsjahr bis zum 1. September an die Steuerkassen zu entrichten. Vom 2. September an werden die Steuern folgenpflanzig beigetrieben.

Der bekannte Zentrum... Jolly Altmiller hatte sich kürzlich wegen Uebertretung der Polizeistunde vor dem Schöffengericht verantworten müssen. Er wurde zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

**Eine Bekanntmachung**

Über Neuordnung der Beschlagnahmebestimmungen für Spornmetalle veröffentlicht die stellv. Intendantur im Anzeigentell dieser Nummer.

Der Vorstand der Bekanntmachung ist bei den Sandratsämtern, Bürgermeisterämtern und Polizeibehörden einzusehen.

**Leer für Instandsetzungsarbeiten**

Ende Mai dieses Jahres wurde bekanntgegeben, daß das Kriegsministerium für Instandsetzungsarbeiten Leer freigegeben hat, daß aber nur die allerdringendsten Anträge berücksichtigt werden könnten, da die zur Verfügung stehende Menge sehr gering sei. Hierauf wird nochmals hingewiesen.

Die Anträge werden genau geprüft, können aber infolge der Knappheit an Leer nicht sämtlich genehmigt werden. Bis auf weiteres werden daher auch keine Anforderungsbefehle mehr ausgegeben. Persönliche Vorstellungen und Ergeben bei der Kriegsamtsstelle Danzig wegen schnellerer Zuteilung sind daher zwecklos.

Zu dem lokalen Militärsporfest, das am kommenden Sonntag, den 1. September, nachmittags 3 Uhr, bei freiem Eintritt für jedermann auf dem Heinrich-Ohlers-Platz, hinter dem Städtischen Krankenhaus, nahe Allee, stattfinden, hat sich, wie uns gemeldet wird, bei den Garnisontruppenteilen großes Interesse zu erkennen gegeben, indem über 100 Weibungen eingegangen sind.

Die großzügige Veranstaltung gliedert sich wie folgt: 100 Meter Mal-Lauf, 400 Meter Mal-Lauf, Handgranaten-Werfen, Handgranaten-Zielwurf, Kugelstoßen, Hochsprung, Weitsprung, Turnen am Reck, Turnen am Barren, Hindernislauf mit Kampfmasken, Eitbotentänze und Tauziehen. Die Sieger erhalten wertvolle Preise. Der freie Eintritt zu dem Fest wird sicher Hunderte anlocken.

**Verwendung von Papierabfällen.**

Täglich gehen große Mengen von Papier, Pappen usw., welche achlos dem Hausmüll beigemischt werden, verloren, die bei gesonderter Sammlung und getrennter Aufbewahrung in den Haushalten oder Betrieben wieder der Verarbeitung zugeführt und damit der Rohstoffversorgung dienstbar gemacht werden könnten. Um die achlose Vernichtung von Papier usw., zu verhindern, ist durch eine am 1. September 1918 in Kraft tretende Verordnung auf Grund des Gesetzes über den Verlagerungsstand verboten worden, Papier auch Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Pappe und Abfälle oder Reste von Papier oder Pappe dem Hausmüll beizumischen, oder lediglich zum Zwecke der Vernichtung zu verbrennen. Für die Wertung gesammelter Papier- und Pappabfälle bietet sich heute teils durch die Sammelstellen der an fast allen Orten gegründeten Ortsausschüsse für Sammel- und Helferdienst, teils durch den Handel überall Gelegenheit.

**Aus Westpreußen**

**Kriegerwitwen in der Provinz!**

Auch für die Kriegerwitwen in der Provinz gilt der Erlass des Kriegsministeriums, wonach sie vom 1. Juli 1918 an für sich selbst und ihre Kinder Zuschläge zu den Renten erhalten. Diese Zuschläge zählt aber die Post nur dann, wenn die Kriegerwitwen eine Bescheinigung darüber vorlegen, daß sie vorher Wehrunterstützung bezogen haben.

Die Kriegerwitwen müssen sich also in den Dörfern vom Gemeindevorsteher, in den Städten vom Magistrat die Bescheinigung über die früher gezahlte Wehrunterstützung besorgen. Ohne diese Bescheinigung zählt die Post nicht die Rentenzuschläge!

**Für den Ausbau der Memel**

erklärt sich mit Recht eine Denkschrift des Vorsteheramtes der Königsberger Kaufmannschaft. Die Denkschrift wurde dem Hauptausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses überreicht, der gegenwärtig ein Fahrt durch Ostpreußen unternimmt, und an der auch Genosse Braun teilnimmt. Auch für die Umgestaltung des masurischen Kanals und seine Fortsetzung nach Grodno zur Verbindung mit der Ukraine spricht sich die Denkschrift aus.

Der Ausbau der Wasserstraßen, von dem auch Westpreußen große Vorteile haben würde, ist zur Verbilligung des Transports unserer Bedarfsmittel und der sonstigen Bedarfserartikel sowie als Vorbedingung zur Schaffung von Wohnungen an den Ufern der Wasserstraßen eine dringende Kulturaufgabe.

Ohra. Das am letzten Sonntag in der Ostbahn stattgefundene Sommerfest des Sozialdemokratischen Vereins Ohra erfreute sich eines guten Besuches und verlief ausgezeichnet. Mitglieder der Danziger Arbeiter-Jugend erzielten durch gute gesungene Leistungen und Aufführung einiger Reigentänze lebhaften Beifall. Großes Interesse und viel Heiterkeit löste, wie immer, die „Dramatische Vereinigung“ mit der Aufführung der vortrefflichen Hans-Sachs-Schwänke: „Der gestohlene Schinken“ und das „Räuberbrüten“ aus. Die gute Stimmung hielt die Teilnehmer bei leidlichem Konzert bis zur Polizeistunde zusammen. Das finanzielle Ergebnis ist ebenfalls zufriedenstellend.

Danzig-Land-Hölle. Die nächste Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet Sonntag, den 1. September, vormittags 9 1/2 Uhr im bekannten Lokale statt. An Stelle des Genossen Gehl, der verhindert ist, wird Genosse Grasmann einen Vortrag halten.

Löbau. Der Wahltermin für die Landtagserstwahl im Wahlkreis Löbau ist jetzt festgelegt worden. Die Wahlmännererzählungen finden am 3. September, die Abgeordnetenwahl am 17. September statt. Die Konservativen haben als Kandidaten den Rittergutsbesitzer Richter, Ludwigsflust, aufgestellt. Der Wahlkreis war bisher in polnischem Besitz. Es scheint so, als wenn alle bürgerlichen Parteien den „deutschen“ Kandidaten Richter unterstützen werden, um den Wahlkreis den Polen zu entreißen. Ob dies gelingen wird, ist freilich eine andere Frage. Die Sozialdemokratie beteiligt sich an dieser Wahl nicht. Vielleicht wagen es die „Unabhängigen“ in diesem Wahlkreis. Hier könnten sie die Stimmung der Massen recht gut kennen lernen. Also, los!

Der Generalsekretär der christlichen G. ...

Besserung erhofft Stegerwald von rücksichtsloser öffentlicher ...

Stegerwald fordert deshalb einen neuen Partiaufbau, der den ...

Den notwendigen Entwicklungsprozess, der alle Arbeiter und ...

Sandhausen, Zuchtshaus und Kirche

Das manche Leute, die bisher in falschen Vorstellungen ge- ...

Also: deutsches Volk, geh' in die Kirche und bete, daß der ...

Die Sozialdemokraten haben Schuld

Während des Krieges haben die Landwirte, wenn es ihnen ...

Der Zionismus

Von Sven Hedins \*)

Vor 2000 Jahren wurde das Staatsleben der Juden zerstört. ...

\*) Aus dem eben erschienenen neuen Werk Sven Hedins: ...

zum Massenmord und mit dem Verfall des ...

Die Verkennung der landwirtschaftlichen Verhältnisse ist frei- ...

Von einem „beherrschenden Einfluß“ der Sozialdemokratie ...

Wer hat nun recht?

Das englische Blatt „Daily Mail“ hat, wie wir der Frankf. ...

Der „Bund der Kaiserstreuen“ verbreitet bekanntlich in einem ...

Kriegsbilder vom Rhein

Vom Rhein wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Die Rheindampfer ...

Man fahren die Generale dazwischen. Der Kommandierende ...

Im Rheingau hat in der Gegend von Rudesheim der Garm ...

Dann stellte Theodor Herzl die Nationalitätenfrage in den ...

Im Jahre 1910 zählte man in Palästina 86 000 Juden: ihre ...

Die heutige jüdische Bevölkerung Palästinas zerfällt in drei ...

An alle Hausfrauen zur Beachtung für die fleischlosen Wochen.

Ohne Fleisch können Sie ein wohlgeschmeckendes Mittagsessen mit kräftigem und vorzüglichem Fleisch- ...

gegenstände, Kleider und Wäsche fort. Laut dem Bericht der ...

14 Duzend Bettlinder, 10 Duzend Servietten, neun noch ...

Da die Herrschaften doch nicht naht und bloß auf längere Zeit ...

Zur selben Zeit müssen in Köln an Säuglinge Paplerwunden ...

Rußland

Lenin erhofft eine Weltrevolution

W. I. B. Moskau, 26. August. Nach einer Meldung der „So- ...

Beseitigung des städtischen Privatgrundbesitzes

W. I. B. Moskau, 26. August. Nach der „Pravda“ hat das ...

Aus der Partei

Für Verständigungsrieden und gleiches Wahlrecht gingen

bei dem Unterzeichneten ein: Eibing 184,75 Mt., Steegen 47 Mt., Stuthof 11,70 Mt., ...

Der Bezirksvorstand. S. M.: Jul. Gehl.

**Die unabhängige Berliner Seite**

Aus dem Jahresbericht der Berliner „unabhängigen“ geht hervor, daß im Verlaufe ihres Groß-Berliner Organisation die Mitgliederzahl zurückgegangen ist von 112 219 im Jahre 1915/16 bis auf 17 746 im Jahre 1917/18. Die Zahl der männlichen Mitglieder ging zurück von 91 332 auf 11 274, was zum großen Teil, wenn auch nicht völlig, durch die Einziehungen erklärlich sein mag. Aber auch die Zahl der weiblichen Mitglieder fiel von 20 887 auf 6470. Das ist die Folge der ständehaltenden Kadavertaktik der fast durchweg von akademisch gebildeten Führern geleiteten „unabhängigen“, die ja auch durch den „Vorwärts“-Bogot nur erleichtert haben, daß ihre „prinzipiellen“ Anhänger zum „Entsatzelner“ über zur „Vorgespott“ zurückgeführt sind.

**Aus aller Welt**

Das wiedergefundene Jamstergut. Eine heitere Geschichte gab den Vorgängen auf der Nordbahn Stoff zum Lachen. Eine Berliner in einem Abteil 3. Klasse einer unbekanntenen Frau gegenüber, die einer kleinen Karton in der Hand hält. Möglich

ist die Berlinerin Joliga mit dem Kart. Die Frau protestiert ebenfalls heftig, bis die Berlinerin triumphierend ausruft: „Dann heißen Sie wohl auch Frau S. und wohnen Brunnenstraße?“ „Nein“, jagte die andere. „Na, dann hießen Sie mal in den Kart. da steht mein Name.“ Und richtig, da stand die genaue Adresse. Alle lachten nun im Wagen, der jetzt hielt. Die Frau A. benutzte die Auskunft auf der Station um zu verschwinden. Frau S. öffnete nun den widererlangten Karton und findet darin drei Pfund feine Butter, statt des einen Pfundes, das ihr ein Gendarm kurz vorher abgenommen hatte.

Der Tote erlitten plötzlich. In einer ungarischen Gemeinde traf vor kurzem die Nachricht ein, daß der Sohn Stephan des dortigen angesehenen Bürgers Josef Racz am 8. Juli den Helveten gestorben sei. Die Nachricht war von der Militärbehörde in aller Form dem Standesamt bekannt gegeben worden. Jetzt ist der Totgeglaubte höchstpersönlich erschienen und hat vom Standesamt eine Berichtigung der Liste verlangt. Das Protokoll, das zu diesem Zweck mit ihm aufgenommen wurde, geht wohl zu den kuriossten Leistungen des Amtsbuchhalters. Es beginnt nämlich mit den Worten: „Der Tote erschien persönlich vor mir und gab über die Umstände seines Ablebens folgendes zu Protokoll“.

Ein Gesandter des Reiches aus Berlin wird seit dem 20. August vermisst. Ihre Mutter, die Witwe Bertha Stegmund, eine Berlinerin, vermutet, daß ihr Schwiegersohn, der sich vor einiger Zeit in einem Bazar in Straubing befand, seine Frau um Leben gebracht hat. Frau Stegmund hatte ihren Schwamann in dem Bazar besucht. Dort soll es nach Aussagen des Schwamanns zu Streitigkeiten gekommen sein. Er behauptet, dann allein von Straubing nach Regensburg übergesiedelt zu sein. Wo sich die Frau befindet, konnte trotz aller bisherigen Nachforschungen nicht festgestellt werden.

**Briefkasten**

J. M. Mühlhans. Bevor Ihre offene Anfrage veröffentlicht werden kann, müssen wir im Besitze ganz unwandförmigen Materials sein. Senden Sie uns dieses umgehend zu.

**Hierzu eine Beilage**

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.  
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig  
Druck Königsberger Verlagsanstalt, B. m. S. A. Königsberg 13

**Varieté Wintergarten**  
Danzig Direkt: Arthur Löwinsohn Danzig

Teleph. 1925. Oltzraer Tor 10. Teleph. 1925.

Ab morgen den 1. September das neue glänzende **September-Programm**

<b>Fred Dardy</b> komischer Hut-Jongleur-Akt	<b>Gerda Gerda</b> Vortragskünstlerin
<b>Negro</b> Einzig existierender Hirtenflöten-Virtuose	
<b>2 Karley's</b> Bühnen-Luft-Akt	<b>Margarete Leube</b> die elegante Radfahrerin mit ihrem Luftwagen
<b>Fritz Loewe Lessen</b> Humorist	
<b>Kitty Wales</b> und ihr <b>Teddy-Bär</b> kom. Exzentrik-Akt	<b>Luis König u. Sohn</b> Gleichgewichtskünstler in höchst. Vollendung

Ab 1. September täglich abends 7 1/2 Uhr

Ueber 100 Mitglieder! Ueber 100 Mitglieder!

**„Der Hias“**  
Ein feidgraues Spiel in 3 Akten.

Mit Riesenerfolg in allen grösseren Städten Deutschlands über 3000 Mal aufgeführt.  
Ueber 1 1/2 Million für Kriegsliebesdienst erzielt

Eröffnungstag: Sonntag den 1. September 1918

**2 Aufführungen:** nachm. 3 1/2 Uhr  
abends 7 1/2 Uhr

Zu der Nachmittags-Vorstellung zahlen Militär und Kinder halbe Preise.

Wer Gold bringt, erhält einen guten Freiplatz

Kartenvorverkauf: Gebr. Wetzel, Langgasse 42, und in Langfuhr, Gebr. Wetzel, Hauptstrasse 34. — Ausserdem ist die Theaterkasse in der Sporthalle von 5 1/2 Uhr und Mittwochs und Sonntags von 2 Uhr an geöffnet.

**Sporthalle**

**Karbidlampen**  
in großer Auswahl eingetroffen  
**Adolf Kinder**  
Wallgasse 14a, Ecke Fuchswall

**Fahrräder**  
federnde Holzbohrer, Lebert, Spiralen, Ersatzteile für Fahrräder.

**Karbidlampen Sparlampen**  
für Petroleum und Brennstoff, Taschenlampen, Batterien, Feuerzeuge, Taschenmesser, Scheren, Nähmaschinen, Schallplatten, Mundharmonikas, Spielfäden in gr. Auswahl, Gasströmper und Zylinder.

A. Hein, Breitgasse 113.

**„Mandoline“**  
Laut, Gitarre ohne Vorkenntnis nach D. R. Pat. a. System H. De-Be. Täglich v. 10 bis 12 Uhr. Verlangen Sie Literatur Nr. 188. Preis Mk. 4.15 für Instrument. **Uffeset-Böttcher**, Frankfurt a. M. Hohenstaufen-Strasse 21.

**„Vollsfürsorge“**  
Gewerkschaftlich-Gesellschaftliche Versicherungsgesellschaft. Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Pollicenverkauf. Man verlange Prospekt von der Rechnungsstelle 16 Danzig. Bruno Schmidt, Raitenbuden 26.

Morgen Sonntag den 1. September

grosse **2 Vorstellungen** 2

nachmittags 3 Uhr Kleine Preise  
abends 7 Uhr Gewöhnliche Preise

Vorverkauf unnumerierter Plätze nur im Kaufhaus Gebr. Fraymann, beim Portier im Norddeutschen Hof und im Wintergarten

**Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt**  
Büro: 4. Damm 7, Eingang Hätergasse

Montag, den 2. September, abends 8 Uhr, im Saal der Ww. Steppuhn, Rathhäuserstraße

**Mitgliederversammlung.**

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten.

Wir bitten die Genossinnen und Genossen recht zahlreich zu erscheinen. Diese Versammlung wird sich mit den Vorgängen in der Dazauer Verammlung beschäftigen. Gäste können eingeführt werden.

Der Vorstand: J. T. Joh. Krahn.

Stelle: Generalkommando XVII. A. A. Abt. K. St. II. Nr. 1023.

**Sozialdemokratischer Verein Danzig**

Wertesjährlich 1/11

Verlag für Sozialdemokratie G. m. b. H. Berlin SW 68, Lindenstr. 114

Am 1. September 1918 tritt eine Nachtragsbekanntmachung Nr. M. 122/8. 18 K. R. A. (K. St. Id. 8784) zur Bekanntmachung Nr. M. 14. 15 K. R. A. vom 1. Mai 1915 in Kraft betr.

**Abgabe von Lebensmitteln.**

Es werden nachfolgend:

- Am Sonnabend, den 31. August:
  - a) Auf der Karte I der neuen Karteform 4 Pfund und auf der Karte 2 der neuen Karteform 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.
  - b) Auf der Karte Nr. 3 der Dreikornkarte 625 Gramm Butter.
- Am Dienstag, den 3. bis Sonnabend den 7. September:
  - a) Auf der Karte 34 und 34 K der Fingergewichtskarten für Gemüses und Hülsenfrüchte auf die Karten 20 und 20 K der Gewichtsformulare für Gemüse und Hülsenfrüchte je 125 Gramm Cappelmehl zum Preise von 2.40 Mark für das Pfund.
  - b) Auf der Karte F der Gewichtsformulare für Hülsenfrüchte auf die Karte F der Gewichtsformulare für Hülsenfrüchte je 125 Gramm Mähiensfabrikate.
  - c) Auf der Karte 21 und 21 K der Fingergewichtskarten für Getreide und Hülsenfrüchte je 125 Gramm Cappelmehl zum Preise von 2.40 Mark für das Pfund.
  - d) Auf der Karte 21 und 21 K der Fingergewichtskarten für Getreide und Hülsenfrüchte je 125 Gramm Cappelmehl zum Preise von 2.40 Mark für das Pfund.

Zu dem Zweck sind die nachstehenden Lagerstätten zu bezeichnen:

a) Auf der Karte 34 und 34 K der Fingergewichtskarten für Gemüses und Hülsenfrüchte je 125 Gramm Cappelmehl zum Preise von 2.40 Mark für das Pfund.

b) Auf der Karte F der Gewichtsformulare für Hülsenfrüchte auf die Karte F der Gewichtsformulare für Hülsenfrüchte je 125 Gramm Mähiensfabrikate.

c) Auf der Karte 21 und 21 K der Fingergewichtskarten für Getreide und Hülsenfrüchte je 125 Gramm Cappelmehl zum Preise von 2.40 Mark für das Pfund.

d) Auf der Karte 21 und 21 K der Fingergewichtskarten für Getreide und Hülsenfrüchte je 125 Gramm Cappelmehl zum Preise von 2.40 Mark für das Pfund.

Zu dem Zweck sind die nachstehenden Lagerstätten zu bezeichnen:

Es werden nachfolgend:

**Bekanntmachung** betreffend

**Verwendung von Papierabfällen**

Für den Bereich des XVII. A. A. einschließlich der Festungen, wird auf Grund der §§ 4 und 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1881 und des Gesetzes vom 11. 12. 15 folgendes verordnet:

§ 1.  
Es ist verboten, Papier (auch Zeitung, Zeitschriften, Bücher), Pappe und Abfälle oder Reste von Papier oder Pappe dem Hausmüll beizumengen oder lediglich zum Zwecke der Vernichtung zu verbrennen.

§ 2.  
Zusicherhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1000 Mark erkannt werden.

§ 3.  
Sollern die Hauswirtschaftsverbände und die Inhaber und Leiter von gewerblichen oder gemeinnützigen Betrieben die Absonderung des Hausmülls nicht beizumengen oder Angehörigen übertragen haben, trifft die Strafe diese letzteren; neben ihnen sind auch die Auftraggeber strafbar, wenn die Zusicherhandlungen mit ihrem Vorwissen begangen sind oder wenn sie es bei der Auswahl oder der Beauftragung der Beauftragten an der erforderlichen Sorgfalt haben fehlen lassen.

§ 4.  
Diese Verordnung tritt am 1. September 1918 in Kraft.

Danzig, Graudenz, Thorn, den 23. August 1918.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.  
Der kommandierende General.  
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.  
Der Kommandant der Festung Danzig.

**Bestandsmeldung und Beichlagnahme von Metallen.**

Der Wortlaut ist in den Regierungsamts- und in den Kreisblättern, sowie durch öffentliche Anschläge bekannt gemacht worden. Abdrücke sind bei der Kriegsamtsstelle, Abt. I d., Danzig, kostenlos erhältlich.

Danzig, Graudenz, Thorn, den 1. September 1918.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.  
Der kommandierende General.  
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.  
Der Kommandant der Festung Danzig.

**Trauer-Blusen**  
Hüte in reicher Auswahl  
Handschuhe zu billigsten Preisen

**Goldstein**  
Laden in der Langgasse 4, gegenüber der Markthalle

**Schnupftabak**  
Julius Gosda, Rothschloßgasse 11, Danzig, 675 Hätergasse 3 u. 2, Büchelergasse 5, Fernspr. 2428

**Notizbänder, Briefpapier, Foliopostkarten, Kartenbriefe, Tinteastifte**  
und andere Schreibutensilien kaufen Sie vorteilhaft in der Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse Nr. 32.

**Der wahre Jakob** farbige illustrierte Zeitschrift für Humor und Satire  
Buchhandlung Volkswacht